



Die hier aufgeführten Faktoren: Bürgerkrieg in der Ukraine, Modernisierung der Atomwaffen, Ende der Rüstungskontrolle, Expansion der NATO, Interventionskriege der USA ohne UNO-Mandat, werden in der veröffentlichten Meinung in der BRD fast nie im Zusammenhang gesehen. Die Vorgeschichte des Krieges kennen heißt nicht, den Krieg zu rechtfertigen.

Eskalation zum Atomkrieg

Noch ist der Krieg in der Ukraine weitestgehend auf die umkämpften Gebiete in der Ost-Ukraine beschränkt. Noch erklären die USA und die NATO-Staaten, nicht mit eigenen Truppen eingreifen zu wollen. Noch toleriert Russland, dass Nachschub an Waffen und Munition aus den NATO-Staaten an die Front gelangt. Die NATO behält sich vor, als erste Atomwaffen einzusetzen. Russland behält sich vor, im Falle existentieller Bedrohung des Landes Atomwaffen einzusetzen. Der Einsatz von taktischen Atomwaffen mit geringer Sprengkraft könnte unmittelbar an der Front erfolgen. Russland könnte auch Atomwaffen gegen die Nachschubwege der NATO und gegen die US-amerikanischen Stützpunkte in Deutschland einsetzen. Noch funktioniert die Abschreckung.

Wir fordern:
Politisches Asyl in Deutschland für Kriegsdienstverweigerer aus Russland, Weißrussland, der Ukraine und allen anderen Staaten!



Es gibt keinen gerechten Krieg!

Wir verurteilen den völkerrechtswidrigen Einmarsch Russlands in die Ukraine! Die Verteidigung ist zwar legal, aber: Dieser „Verteidigungskrieg“ führt nicht zu Frieden und Freiheit, sondern zu Zerstörung und Tod, Armut und Not. Daher wenden wir uns gegen die Lieferung von Waffen an die Ukraine, gegen die Finanzierung des Krieges und die Ausbildung von ukrainischen Soldaten durch die Bundeswehr!

Soziale Verteidigung

PazifistInnen meinen:
Der militärische Widerstand sollte beendet und die Souveränität der Ukraine mit politischen, zivilen und gewaltfreien Mitteln verteidigt werden. Das schützt die Bevölkerung in der Ukraine und verhindert die weitere Zerstörung von Städten und der Infrastruktur. Wir erklären uns solidarisch mit allen BürgerInnen in Russland und der Ukraine, die friedlich gegen den Krieg ihrer Regierungen protestieren, und die sich dem Krieg durch Verweigerung entziehen wollen.

Politische Lösungen

Alle Kriegsparteien müssen einen Waffenstillstand vereinbaren und über eine politische Lösung verhandeln. Die eigentlichen Konflikte müssen mit zivilen Mitteln bearbeitet werden. Das friedliche Zusammenleben der Volksgruppen in der Ukraine muss neu organisiert werden (z.B. Föderalismus, Autonomie von Regionen)

Ein deutscher Beitrag zur Lösung muss beinhalten:
Keine Aufnahme der Ukraine in die NATO und in die EU!
Verhandlungen über die Sicherheitsinteressen aller Staaten in der Region können im Rahmen der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) geführt werden. Sicherheit ist neu zu denken und in eine zivile Außenpolitik umzusetzen.

Schritte zum Frieden

Gemeinsame Sicherheit, Rüstungskontrolle und Respektierung des Völkerrechts gehören zusammen. Eine Politik der Rüstungskontrolle soll die Gefahr eines Atomkrieges verhindern, das bedeutet u.a.:

Den ABM-Vertrag einhalten!
Den START-Vertrag wieder in Kraft setzen und einhalten!
Keine Modernisierung der Atomwaffen der USA und Russlands - Beide Seiten könnten ein Moratorium bei der Indienstellung neuer Waffensysteme verkünden.
Keine Stationierung von ABM-Systemen oder anderen Raketen in Polen und Rumänien!
Russland muss seine taktischen Atomwaffen auf eigenes Gebiet zurückverlagern

Abrüstung bei Atomwaffen

Deutsche Politik kann zur Verringerung der Konfrontation beitragen:
Keine Modernisierung der Atomwaffen in Europa,
Keine F-35 Bomber für die Luftwaffe beschaffen!
Die BRD muss die sogenannte nukleare Teilhabe beenden!
Die US-amerikanischen Atomwaffen müssen aus Deutschland abgezogen werden, wie der deutsche Bundestag bereits 2010 beschlossen hat.
Deutschland muss den Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnen!

Allgemeine Abrüstung

Keine neuen Truppen der NATO in Osteuropa!
Den Vertrag über konventionelle Stabilität in Europa (KSE) muss neu verhandelt werden. Der Vertrag hat Grenzen für konventionelle Großwaffen festgeschrieben. Die Gefahr eines konventionellen Kriegs zwischen NATO und Russland kann dadurch verringert werden.

Entmilitarisierung der Beziehungen

Alle Staaten müssen über den Abbau von konventionellen Streitkräften verhandeln. Es braucht eine allgemeine Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen, so weit, dass auch mittlere Mächte und kleinere Staaten keine Angst haben müssen vor Drohung, Erpressung und Intervention. Das betrifft viele Regionen der Erde. Ein Prozess der Entmilitarisierung der internationalen Beziehungen und der Vertrauensbildung muss in Gang gesetzt werden. Nur dann ist ein Zusammenleben der Staaten im Geiste der Charta der Vereinten Nationen möglich. Nur mit der Perspektive der allgemeinen Abrüstung wird es einen Ausstieg aus dem ewigen Kreislauf von Drohung und Gegendrohung geben.

Quellen und weiterführende Informationen:
www.no-militar.org
<https://dfg-vk-bayern.de/themensammlung-ukraine-krieg/>
www.bundeswehrabschaffen.de

Grundsatzerklärung der Internationale der Kriegsdienstgegner und der DFG-VK:

Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuwirken



HerausgeberInnen
Deutsche Friedensgesellschaft-
Vereinigte Kriegsdienstgegner-
Innen, Landesverband Bayern,
in Zusammenarbeit mit dem
Helmut-Michael-Vogel
Bildungswerk der DFG-VK Bayern,



in Zusammenarbeit mit Attac Würzburg
Kontakt: DFG-VK, Mail: muenchen@dfg-vk.de,
Tel. 089 89 62 34 46
Frauenlobstr. 24 RGB, 80337 München
www.dfg-vk-bayern.de
www.h-m-v-bildungswerk.de



Ihr Beitrag zum Frieden!

Eine Politik der Abrüstung und der zivilen Konfliktbearbeitung braucht eine Lobby in der Zivilgesellschaft. Friedensorganisationen mit Strukturen und Finanzmitteln können auf die öffentliche Meinung Einfluß nehmen und ein Gegengewicht schaffen zur Lobby der Kriegs- und Militärbefürworter! Werden Sie Mitglied in der DFG-VK!

Wir bitten um Spenden zur Förderung der Friedensarbeit:
Helmut-Michael-Vogel
Bildungswerk für Frieden und
Völkerverständigung,
Konto bei der GLS-Bank, IBAN:
DE37 4306 0967 8217 1208 00

Impressum

Konzept, Text u. Gestaltung und v.i.S.d.P.: Thomas Rödl,
redaktionelle Mitarbeit: Julian Mühlfellner, c/o DFG-VK,
Frauenlobstr. 24 RGB, 80337 München
Druck: Das Freie Buch, München. E.i.S.
1. Auflage 3000 Stck., 2023

Platz für örtliche Kontaktadresse



Kalter Krieg Heisser Krieg Atomkrieg!

Mit dem Angriff Russlands auf die Ukraine ist aus dem neuen Kalten Krieg ein heißer Krieg geworden. Die PazifistInnen verurteilen diesen Krieg. Wir fordern alle Kriegsparteien auf, einen Waffenstillstand zu vereinbaren und ohne Vorbedingungen zu verhandeln. Deutschland ist am Krieg beteiligt durch die Lieferung von Waffen und Munition, durch die Finanzierung des Krieges und durch die Ausbildung von ukrainischen Staaten. Dieser Krieg ist auch ein Stellvertreterkrieg zwischen USA und Russland. Beide sind mit Tausenden von Atomwaffen ausgerüstet. Der aktuell noch begrenzte Krieg kann zu einem globalen Atomkrieg werden. Im folgenden wollen wir die Ursachen des Krieges beleuchten und Schritte zum Frieden aufzeigen.



Schritte zum Krieg: Atomwaffen

Lange gab es ein vermeintliches „Gleichgewicht des Schreckens“, das einen Atomkrieg zwischen NATO und Russland verhindern sollte. In der Zwischenzeit wurden aber Verträge aufgekündigt und Atomwaffen sowie Abwehrsysteme werden modernisiert. Dadurch kommt das Gleichgewicht ins Wanken und ein Atomkrieg wird wahrscheinlicher.

So wurde bisher die atomare Abschreckung gerechtfertigt: Wer angreift, hat keinen Vorteil, denn es gilt: Wer als Erster schießt, stirbt als Zweiter. Das wurde als die „gegenseitige gesicherte Zerstörungsfähigkeit“ bezeichnet; englisch: „Mutual Assured Destruction“, kurz „MAD“.

Raketenabwehr: Anti Ballistic Missiles (=ABM) sollen angreifende Raketen zerstören. Jedes Abwehrsystem ist überfordert, wenn zu viele Raketen gleichzeitig ankommen. Konsequenz: Noch mehr Angriffsraketen; und noch mehr Abwehrraketen.

ABM-Vertrag – Politik der Rüstungskontrolle

Im ABM Vertrag von 1972 wurde die Zahl der Abwehrraketen in USA und der Sowjetunion auf je 100 begrenzt. Das heißt: Kein Schutz durch Abwehrraketen. Der Vertrag war eine Grundlage für die Entspannungspolitik der 70er Jahre.

Danach vereinbarten die USA und die Sowjetunion, später Russland, eine Begrenzung und später auch eine Verringerung der Zahl der Trägermittel (Raketen, Bomber, U-Boote) und Atomsprenköpfe. Mit dem INF-Vertrag von 1987 wurden Raketen und Marschflugkörper mit Reichweiten zwischen 500 und 5000 km in Europa verboten und dann auch verschrottet.

Ende der Rüstungskontrollpolitik

Die USA haben im Jahr 2002 den ABM Vertrag gekündigt. Die Botschaft war: Wir wollen den Schutzschild und verbessern gleichzeitig unsere Angriffswaffen. Auch das INF Abkommen wurde 2018 zunächst von den USA, dann auch von Russland gekündigt.

Zur Landkarte:

Achtung das ist keine geografisch exakte Karte!
 Hellrot: Alte NATO- Staaten; Rot: Neue NATO- Staaten seit 1999; Nordmazedonien ist auch in der NATO! Mittlere Graustufe: von Russland annektierte Gebiete, Grenzlinie umkämpft.
 ABM- Systeme (US- ABM- Systeme sind auch auf Kriegsschiffen stationiert)

Atomwaffen (Russische und französische sind symbolisch, nicht lagerichtig eingetragen)

Militärstützpunkte der USA bzw. der NATO (nicht vollständig und nicht genau lagerichtig)

Ungelöste Konflikte ● Aktueller Krieg



Rüstungswettlauf

Die USA stationieren neue Abwehrraketen in Alaska, in Polen und Rumänien und auf Raketenkreuzern („Aegis“). Auch Russland entwickelt neue Abwehrraketen (S500).

Gleichzeitig werden aber auch die Angriffsraketen „modernisiert“. Das bedeutet die Umrüstung auf kleinere aber zielgenauere Sprengköpfe. Die Zielgenauigkeit der Waffensysteme ermöglicht die Zerstörung von Führungsstrukturen, Abwehrsystemen und Atomwaffen Russlands mit einem Präventivschlag. Gleichzeitig wird die Fähigkeit zur Ausschaltung der U-Boote verbessert. Auch Russland stellt neue ballistische Raketen auf und produziert Hyperschall-Flugkörper, die die Abwehrsysteme umgehen können, sowie neue U-Boote mit atomaren Unterwasser-Torpedos.

Abschreckung durch Überlegenheit

Zur Abschreckung gehören sowohl der präventive Angriff auf die Waffen des Gegners als auch die umfassende Abwehr von

Angriffen. Die Dokumente der US- Kriegsplanung sprechen zwar nicht vom „Entwaffnungsschlag“. Aber Russland muss einen Präventivschlag befürchten.

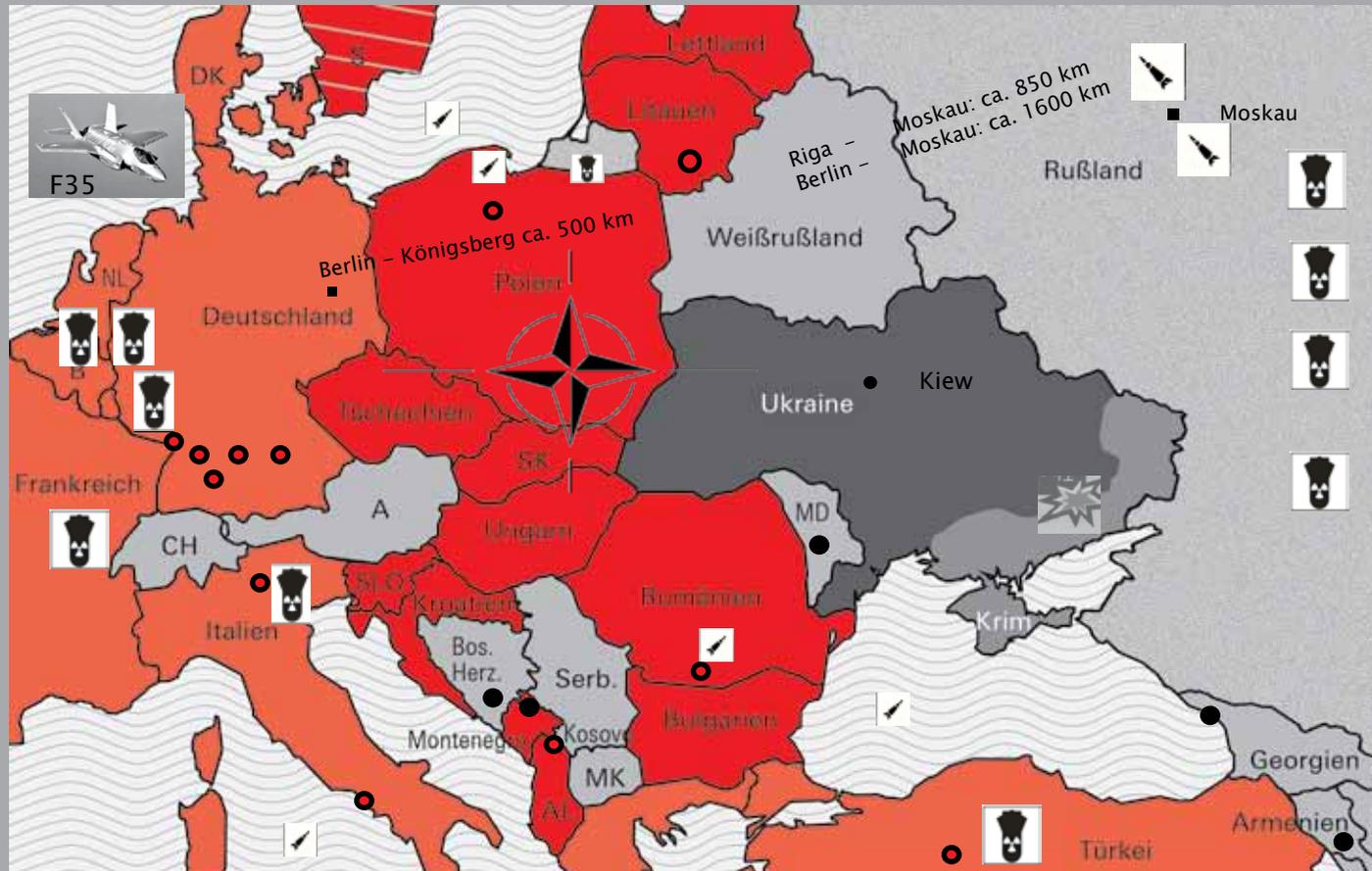
Wer als erster zuschlägt, könnte am Schluss weniger Opfer haben. Das Misstrauen wächst - die Nervosität steigt.

Neue Atomwaffen in Europa

Seit 2014 stationiert Russland neue atomare Marschflugkörper im Gebiet Kaliningrad. Sie bedrohen die neuen Stützpunkte und die Aufmarschwege der NATO im Baltikum und in Polen.

Die USA behaupten, dass diese Atomwaffen über mehr als 500 km Reichweite verfügen und damit gegen den INF Vertrag verstoßen. (s.o.) Die USA haben neue Abschussanlagen für Aegis-Abwehrraketen in Rumänien und Polen errichtet. Von diesen Anlagen können aber auch neue atomar bestückte Marschflugkörper („Tomahawk“) abgeschossen werden.

Russland hat jetzt (Anfang 2023) Atomwaffen auch nach Weißrussland verlegt.



Im Atomkrieg gibt es nur Verlierer!

Modernisierung der US- Atombomben und der Bomber F35

Die US- amerikanischen Atombomben (B 61) die in Deutschland, den Niederlanden, in Belgien, Italien und in der Türkei stationiert sind, sollen modernisiert werden. (zus. 100-150 Stück) Aus der bisherigen frei fallenden Bombe wird eine Rakete mit zunächst 28 km Reichweite, Präzisionssteuerung und einem Bunkerknacker Sprengkopf.

Diese Atomwaffe soll in Zukunft von F-35 Kampfbombern eingesetzt werden. Diese können vom Radar nicht erfasst werden („Tarnkappe“). Damit verschafft sich die NATO eine neue strategische Angriffswaffe. Wenn diese F 35 in Polen, Baltikum Rumänien oder in der Ukraine stationiert werden.

Fazit: Die fortlaufende Modernisierung der US-amerikanischen Atomwaffen hat den Konflikt zwischen Russland und der NATO verschärft. Die strategische Bedeutung der Ukraine als potentieller Stationierungsort für Atomwaffen hat zugenommen.

Schritte zum Krieg: Expansion der NATO

Die Erweiterung der NATO nach Osten wurde gegen den Willen und die Interessen Russlands vollzogen und hat zur Konfrontation mit Russland geführt. Der Versuch, die Ukraine in die NATO aufzunehmen, hat den neutralen Status der Ukraine in Frage gestellt. Russland musste befürchten, dass NATO-Truppen und Atomwaffen in der Ukraine stationiert werden. Auf der Halbinsel Krim liegt Russlands strategisch günstigster Marinestützpunkt am Schwarzen Meer. Die Aufnahme der Ukraine in die NATO würde für Russland bedeuten, diese Stützpunkte zu verlieren.

Krieg gegen Terror

Die USA sind wegen ihrer überlegenen Atomwaffen vermeintlich unbesiegbar. Unter dem Vorwand eines „Krieges gegen den Terror“ sind die USA seit 2001 aus eigener Machtvollkommenheit in andere Staaten einmarschiert und haben Regimewechsel erzwungen. Sie haben das Völkerrecht gebrochen, die Interessen und Sichtweisen von Russland und China missachtet und Vertrauen zerstört.

Die Interventionskriege der USA haben die Beziehungen zwischen den NATO-Staaten und Russland und zwischen NATO und China verschlechtert.

Konflikt in der Ukraine

Die Ukraine ist kulturell und sprachlich betrachtet ein geteiltes Land. Der Westen ist auf Mittel- und Westeuropa ausgerichtet und man spricht dort Ukrainisch. Der Osten hingegen orientiert sich stark nach Russland und die gängige Sprache ist dort Russisch.

Der Versuch, die Ukraine in die NATO und in die EU aufzunehmen, hat die inneren Widersprüche des Landes zugespitzt.

Der ukrainische Präsident Janukowitsch hatte das bereits ausgehandelte Abkommen zur Assoziierung mit der Europäischen Union Ende 2013 ausgesetzt. Hunderttausende BürgerInnen demonstrierten gegen den korrupten Präsidenten und für die Öffnung zur EU. Ukrainisch-nationalistische Gruppen sorgten im Februar 2014 in Kiew für einen Umsturz. Auf der anderen Seite betrieben russisch-nationalistische Kräfte die Abspaltung der Krim und der Ostukraine (Donbass).

Die neue Regierung in Kiew hat die Verträge zur Nutzung der russischen Marinestützpunkte, namentlich Sewastopol, gekündigt. Damit war die Perspektive gegeben, dass die Ukraine Mitglied der NATO wird und Russland den wichtigsten Kriegshafen im Schwarzen Meer verliert (s.o.). Russisch als zweite Amtssprache wurde verboten.

Danach war die Volksabstimmung auf der Krim und der Beitritt zur russischen Föderation; allgemein als Annexion bezeichnet.

Bürgerkrieg im Donbass

Der Krieg im Donbass seit 2014, mit massiver Unterstützung aus Russland, führte zu jahrelangen Kämpfen mit 14 000 Toten. Im Minsker Abkommen von 2015 war vorgesehen, dass Donezk und Luhansk den Status einer autonomen Region erhalten. Das wurde vom Parlament in Kiew blockiert.

Die ukrainischen Streitkräfte wurden von den USA, Großbritannien und Kanada technisch aufgerüstet und die Strukturen modernisiert. Das hat die Regierungen in Kiew ermutigt, weiter Krieg zu führen.